

**abgeschlossen am
23. Oktober 2001**

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet Anti-Terror-Gesetz	1
2. Kritik an Informationspolitik Präsident Bushs	2
3. Bewegung im Haushaltsbewilligungsprozess 2002	3
4. Kontroverse um Konjunkturprogramm	4
5. Senat verabschiedet Luftfahrt-Sicherheits-Gesetz	6
6. „Fast-track authority“ nimmt erste Hürde	7
7. Initiativen gegen Geldwäsche verabschiedet	8
8. Nancy Pelosi neue Fraktionsgeschäftsführerin im Repräsentantenhaus	8
9. Nachwahlen in zwei Wahlkreisen des Repräsentantenhauses	9

10/2001

0. Das Repräsentantenhaus hat seine Arbeit am 23. Oktober 2001 wieder aufgenommen, nachdem Speaker J. Dennis Hastert (R-Ill.) am 17. Oktober eine Überprüfung sämtlicher Gebäude auf Milzbrand-Erreger veranlasst hatte. Zuvor war im Büro von *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) ein mit Milzbrand-Sporen verseuchter Brief eingegangen, der mehrere Mitarbeiter des Senators kontaminiert hatte. Während Demokraten und Republikaner im Senat erklärten, dass sie sich der terroristischen Bedrohung durch biologische Waffen nicht beugen und ihre Sitzungstätigkeit fortsetzen würden, hielt Speaker Hastert es aus Sicherheitsgründen für unabdingbar, eine fünftägige Schließung des Repräsentantenhauses anzuordnen. In den Vereinigten Staaten sind seit September landesweit mehr als 40 Fälle von Milzbrandkontamination bekannt geworden.

1. Congress verabschiedet Anti-Terror-Gesetz

Der Senat hat am 11. Oktober 2001 mit 96 zu 1 Stimmen ein von Justizminister John D. Ashcroft vorgelegtes Anti-Terror-Gesetz angenommen (vgl. CR 9/2001, S. 4). Das Repräsentantenhaus hat nur einen Tag später einen weitgehend gleichlautenden Gesetzentwurf mit 337 gegen 79 Stimmen verabschiedet.

Beide Gesetzentwürfe gewähren der Administration nahezu alle zur Terrorismusbekämpfung geforderten Rechte und prozedurale Vereinfachungen wie geheime Hausdurchsuchungen und personenbezogene Abhörgenehmigungen. Eine wichtige Ausnahme ist die unbefristete Inhaftierung von Ausländern ohne gerichtliche Überprüfung, die von beiden Kammern zurückgewiesen worden ist. Vorgesehen ist nun eine 7-tägige Inhaftierungsfrist, nach deren Ablauf Klage erhoben oder die inhaftierte Person auf freien Fuß gesetzt werden muss.

Der Zustimmung zu den Gesetzesverschärfungen ging im Repräsentantenhaus jedoch eine heftige Auseinandersetzung voraus. Das *House Judiciary Committee* hatte unter dem Vorsitz von F. James Sensenbrenner (R-Wis.) einen eigenen Gesetzentwurf mit einer Reihe von Einschränkungen vorgelegt, der vom Ausschuss einstimmig angenommen worden war.

Auf Drängen der Administration ersetzte *Speaker J. Dennis Hastert (R-Ill.)* aber am Morgen vor der Abstimmung die Vorlage des Rechtsausschusses durch die des Senats, die in enger Kooperation zwischen dem Justizminister und Patrick Leahy (D-Vt.), dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Senats, ausgearbeitet worden war. Vor allem auf demokratischer Seite führte dieses taktische Manöver zu heftigen Protesten und zahlreichen Nein-Stimmen.

Allerdings wurde im Gegenzug eine Bestimmung in den Senatsentwurf aufgenommen, die die Gültigkeit der kontroversen Überwachungsbestimmungen auf drei Jahre begrenzt. Der Präsident kann einmalig eine zweijährige Verlängerung der Frist

anordnen. Senator Leahy hat signalisiert, dass diese Begrenzung auf breite Zustimmung stößt.

Umstritten bleiben zwischen den Kammern jedoch die Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche durch terroristische Organisationen, die im Repräsentantenhaus auf Drängen von *Majority Leader* Dick Armey (R-Tx.) in einer eigenständigen Gesetzesvorlage verabschiedet worden sind (vgl. Punkt 7). *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) hat angedeutet, dass er eine Annahme des Anti-Terror-Gesetzes ohne die Bestimmungen zur Geldwäschebekämpfung ablehnt.

2. Kritik an Informationspolitik Präsident Bushs

Im Congress ist die Informationspolitik Präsident Bushs auf deutliche Kritik gestoßen. Bush hatte am 5. Oktober 2001 - zwei Tage vor dem Beginn der Luftangriffe gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und die Basiscamps des für die Terrorangriffe auf New York City und Washington, D.C. verantwortlich gemachten Osama Bin Laden - die Informationsweitergabe an den Congress massiv beschränken wollen.

Als geheim eingestufte Informationen sollten nur noch an die Fraktionsführer beider Kammern sowie die Vorsitzenden der Geheimdienstausschüsse bzw. deren *Ranking Minority Members* weitergegeben werden. Bush begründete seinen Vorstoß mit der Unzuverlässigkeit des Congress im Umgang mit geheimen Informationen. In Zeiten, in denen amerikanische Truppen großen Risiken ausgesetzt sind, so der Präsident, bedürfe es eines „klaren Signals an den Congress“.

Der Congress wiederum kritisierte jede Einschränkung der Informationsweitergabe durch den Präsidenten. So wies der Demokrat Tom Lantos (Cal.), Mitglied *des International Relations Committee* im Repräsentantenhaus, den Präsidenten darauf hin, dass eine Einschränkung des Informationsflusses auf nur acht Mitglieder des Parlaments schlicht rechtswidrig wäre. Lantos zitierte in diesem Zusammenhang den *State Department Basic Authority Act* aus dem Jahr 1956 (Public Law 84-885), der festlegt, dass das Außenministerium die Auswärtigen Ausschüsse im Repräsentantenhaus und im Senat über alle Vorgänge, die in deren Geschäftsbereich fallen, „umfassend und aktuell informieren“ muss.

Kritik am Vorstoß des Weißen Hauses gab es auch von Seiten der Bewilligungs- und Streitkräfteausschüsse. Der Bewilligungsunterausschuss für die Verteidigung im Repräsentantenhaus setzte demonstrativ seine Lesung der *Defense Appropriations Bill* für das Haushaltsjahr 2002 aus, und C.W. Bill Young (Fla.), der republikanische Ausschussvorsitzende, machte in einem Gespräch mit Andrew H. Card, Bushs Stabsdirektor im Weißen Haus, unmissverständlich klar, dass jede Informationsbeschränkung durch die Exekutive vollkommen inakzeptabel wäre. Schließlich sei der Zugang zu geheim eingestuft Informationen eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung der Budgethoheit durch den Congress.

Auch im Senat wiesen führende Parlamentarier wie *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) darauf hin, dass der Congress seinen verfassungsgemäßen Mitspracheanspruch bei der Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik nur dann erfüllen könne, wenn er jederzeit Zugang zu geheimen Informationen habe.

Präsident Bush revidierte daraufhin seine Position und kündigte an, Mitglieder der Streitkräfte- und Bewilligungsausschüsse sowie der Auswärtigen Ausschüsse auch zukünftig in die geheimen *Briefings* der Administration mit einzubeziehen. Der Tenor von Bushs Vorstoß ist dennoch kaum zu übersehen. Angesichts des tiefen Gefühls der nationalen Bedrohung, welches die Terrorangriffe des 11. September in den Vereinigten Staaten ausgelöst haben, drängt die Exekutive auf eine Stärkung ihrer Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungssystem der USA. Begründet wird dies mit Verweis auf die Bedrohungslage, die entschlossener Führung bedürfe, um der Gefahr begegnen zu können.

Freilich sind solche Begründungszusammenhänge schon während des Ost-West-Konflikts von amerikanischen Präsidenten ins Feld geführt worden, um ihren imperialen Machtanspruch in der Formulierung amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik zu legitimieren. Dabei zwingt die US-Verfassung den Präsidenten zum Zusammenwirken mit dem Congress – und das nicht nur in Friedenszeiten. Die Kriegserklärung und mit ihr die Mittelzuweisung für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte obliegt alleine dem Congress.

3. Bewegung im Haushaltsbewilligungsprozess 2002

Im Budgetbewilligungsprozess für das Haushaltsjahr 2002, der eigentlich zum 1. Oktober 2001, dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres, hätte abgeschlossen sein sollen, zeichnet sich Bewegung ab. So hat das Repräsentantenhaus am 11. Oktober mit großer Mehrheit den Bewilligungshaushalt für Labor, Health and Human Services and Education verabschiedet, und auch das Senate Appropriations Committee hat am gleichen Tag mit deutlicher Mehrheit diesem Bewilligungshaushalt zugestimmt.

Allerdings muss der Congress insgesamt 13 Bewilligungsgesetze für das Haushaltsjahr 2002 verabschieden, so dass noch ein erheblicher Arbeitsaufwand vor der Legislative liegt. Robert C. Byrd (D-W.Va.), der einflussreiche Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, hat in diesem Zusammenhang für Überparteilichkeit plädiert und seine Senatskollegen aufgefordert, „dem amerikanischen Volk zu zeigen, dass der Congress seine Arbeit tut“. Auch *Minority Leader* Trent Lott (R-Miss.) hat Kooperationsbereitschaft signalisiert. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit kommt in einer Vereinbarung über den groben Finanzrahmen 2002 für den Bereich des sogenannten *discretionary spending* zum Ausdruck, auf die sich Congress und Präsident Anfang Oktober im Angesicht der terroristischen Bedrohung geeinigt haben. Dabei

- wurde die Ausgabenhöhe für diesen Bereich, die im Rahmen des Budgetausgleichsgesetzes zunächst auf 661,3 Mrd. USD begrenzt worden war, auf 686 Mrd. USD angehoben, um dem zusätzlichen Finanzbedarf mit Blick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus Rechnung zu tragen.

Das *discretionary spending* umfasst jenen Teil des amerikanischen Bundeshaushalts, über den der Congress frei verfügen kann. Ihm steht das sogenannte *mandatory spending* gegenüber, bei dem der Congress über längerfristige Ausgabenfestlegungen (z.B. im Bereich der Sozialversicherungsausgaben oder des staatlichen Krankenversicherungsprogramms für Senioren) im Großen und Ganzen gebunden ist. Derzeit umfasst das sogenannte *mandatory spending* etwa zwei Drittel des amerikanischen Bundeshaushalts.

Inwieweit die Bereitschaft zur Überparteilichkeit freilich dazu führen wird, dass der Congress seinen Haushaltsbewilligungsprozess tatsächlich bis Anfang November abschließen kann, bleibt abzuwarten. Einerseits dürfte in beiden Parteien der Wunsch groß sein, die Haushaltsbewilligung möglichst schnell abzuschließen, um sich voll der Terrorismus-Problematik zuwenden zu können. Andererseits gibt es nach wie vor große zwischenparteiliche Differenzen in Fragen wie beispielsweise der Abtreibungsproblematik, der Energiepolitik oder der Reform der Wahlkampffinanzierung. Tom Daschle (D-S.D.) erwartet deshalb auch, dass der Congress seine Sitzungstätigkeit „in der einen oder anderen Form bis zum Ende des Jahres fortsetzt“.

Bis zu einer Einigung über die 13 Bewilligungshaushalte für 2002 jedenfalls wird das Budget mittels sogenannter *Continuing Resolution* auf der Höhe des Vorjahres fortgeschrieben. Dies geschieht derzeit auf der Basis von Überbrückungsbewilligungen, die eine Laufzeit von gerade mal einer Woche haben, um den Druck auf die Bewilligungsausschüsse aufrecht zu erhalten.

4. Kontroverse um Konjunkturprogramm

Ungeachtet der grundsätzlichen Einigkeit über die Auflage eines zusätzlichen Programms zur Stimulierung der angeschlagenen US Konjunktur, klaffen die Vorstellungen der Parteien über die konkreten Stabilisierungsmaßnahmen zunehmend auseinander (vgl. CR 9/2001, S. 7).

Noch Anfang Oktober 2001 hatten sich der Präsident und die Führungen der demokratischen und republikanischen Congress-Fraktionen auf eine gemeinsame Grundlinie für die Ausarbeitung des avisierten Konjunkturprogramms geeinigt. Nach Verlautbarungen der Administration sollte das Gesamtvolumen bei ca. 75 Mrd. USD liegen und etwa zu gleichen Teilen auf Steuersenkungen und Ausgabenprogramme verteilt werden. Dabei sollten die kurzfristige Wirtschaftsbelebung und die langfristige Haushaltstabilität als Zielvorgaben für den Zuschnitt des Maßnahmenpakets dienen.

Die Bereitschaft des Präsidenten, den demokratischen Vorstellungen weit entgegen zu kommen, stießen jedoch auf deutliche Kritik von Seiten der konservativen Republikaner im Congress. Sie drängen vor allem auf zusätzliche Steuererleichterungen und lehnen die von den Demokraten favorisierten Ausgabenprogramme ab.

Um die Entschlossenheit der republikanischen Congress-Fraktionen zu unterstreichen, verabschiedete das *House Ways and Means Committee* am 12. Oktober 2001 ein Steuersenkungspaket mit einem Gesamtvolumen von ca. 100 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2002. Das in einer parteipolitisch scharf polarisierten Abstimmung mit 23 zu 14 Stimmen angenommene Steuerpaket soll noch bis Ende Oktober vom Repräsentantenhaus beraten werden.

Die Gesetzesvorlage sieht insbesondere vor:

- eine gegenüber der bereits beschlossenen Steuerentlastung beschleunigte Absenkung des Einkommensteuertarifs der 27 Prozent-Progressionszone auf 25 Prozent;
- Steuervergünstigungen von bis zu 600 USD für Familien mit Niedrigeinkommen, die von den bisherigen Erleichterungen nicht profitieren konnten;
- Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen;
- die Abschaffung der Mindestunternehmenssteuer (*corporate alternative minimum tax*) rückwirkend zum 1. Januar 2001;
- die Reduzierung der Kapitalertragssteuer für längerfristige Anlagen von 20 auf 18 Prozent sowie eine Anhebung der Verlustabzugsgrenzen, und
- Subventionen in Höhe von 9 Mrd. USD an die Einzelstaaten zur Aufbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und flankierender Maßnahmen zur Krankenversicherung von Arbeitslosen.

Während die Steuerrabatte für die unteren Einkommensgruppen, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Neuinvestitionen und die Hilfen für Arbeitslose den Forderungen der Demokraten entsprechen, ist das Gesamtpaket auf nahezu geschlossene Ablehnung durch die Opposition gestoßen.

Die Demokraten lehnen vor allem die Vergünstigungen an Unternehmen ab, die nicht dem Ziel einer unmittelbaren Konjunkturbelebung dienen und langfristige Steuerausfälle erwarten lassen. Demgegenüber fordern sie deutlich aufgestockte Hilfen für Arbeitslose sowie staatliche Investitionsprogramme im Infrastruktur- und Technologiebereich.

Senate Majority Leader Tom Daschle (D-S.D.) hat angekündigt, die Vorlage des *Ways and Means Committee* nach der erwarteten Verabschiedung durch das

Repräsentantenhaus im Senat einer gründlichen Revision zu unterziehen, die diese wieder in Einklang mit den ursprünglichen Absprachen bringen soll.

Präsident Bush, der seine Position in Reaktion auf die konservative Kritik zugunsten von Steuersenkungen neu akzentuiert hat, begrüßte den republikanischen Vorstoß im Repräsentantenhaus. Bush ließ jedoch auch erkennen, dass die Vorlage nur als Verhandlungsgrundlage gelten könne und mahnte eine Reduzierung des Gesamtvolumens an. Finanzminister Paul O'Neill, der den republikanischen Gesetzentwurf zunächst als "Show-Einlage" charakterisiert hatte, äußerte sich zuversichtlich, dass ein Konjunkturprogramm, das beide Parteien zufrieden stellt, schnell verabschiedet werden könne.

5. Senat verabschiedet Luftfahrt-Sicherheits-Gesetz

Der Senat hat am 11. Oktober 2001 einstimmig einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Sicherheit im Flugverkehr verabschiedet, der gemeinsam von Ernest F. Hollings (D-S.C.), dem Vorsitzenden des *Committee on Commerce, Science, and Transportation*, und John McCain (R-Ariz.), dem führenden Vertreter der Minderheitsfraktion im Ausschuss, eingebracht worden ist.

Die Gesetzesvorlage greift Forderungen der Administration auf, die Sicherheit im US-amerikanischen Flugverkehr in Anlehnung an die Standardpraktiken europäischer Länder und Israels zu erhöhen. Die Bestimmungen sehen unter anderem vor, dass

- die Ausbildung und Sicherheitsüberprüfungen des Flughafenpersonals verschärft werden,
- jedes Gepäckstück und jeder Passagier überprüft werden muss,
- die *Federal Aviation Administration* (F.A.A.) Piloten die Erlaubnis zum Tragen von Schusswaffen erteilen kann,
- Sicherheitstüren für die Cockpits eingeführt werden und Piloten bei jedem Versuch einer nicht autorisierten Öffnung sofort landen müssen,
- das Bundesprogramm für bewaffnete Flugbegleiter (*Air Marshalls*) aufgestockt wird.

Die Kosten der zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen sollen durch eine Abgabe von 2,50 USD je Flugschein abgedeckt werden.

Auf deutliche Kritik von Seiten der Administration und der konservativen Republikaner im Repräsentantenhaus ist jedoch eine weitere Bestimmung gestoßen, nach der das Kontrollpersonal an Flughäfen von der Bundesregierung übernommen werden soll. Die Befürworter der Maßnahme betonten, die schlechte Ausbildung und

Bezahlung des Personals wie die häufige Umgehung der Vorschriften durch die privaten Sicherheitsdienste mache eine direkte Bundesaufsicht erforderlich.

Präsident Bush und die republikanische Parteiführung im Repräsentantenhaus halten dagegen eine Verschärfung der Vorschriften wie der Kontrollen durch den Bund für ausreichend. Die Übernahme des Sicherheitspersonals an den Flughäfen stößt auch auf grundsätzliche Bedenken der Konservativen, weil hierdurch die Zahl der Bundesbediensteten um 28.000 steigen und damit ein erneuter Ausbau des Staatsapparats signalisiert würde.

Für die Republikaner hat Don Young (Alaska), Vorsitzender des *House Transportation Committee*, eine eigene Vorlage eingebracht, die den Vorstellungen der Administration entspricht. Die Demokraten im Repräsentantenhaus wollen demgegenüber an der Senatsvorlage festhalten.

Präsident Bush hat für den Fall, dass keine baldige Einigung über ein Gesetz zustande kommt, die Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen durch Erlasse (*executive order*) angekündigt. Ohne zusätzliche Finanzmittel sind die Möglichkeiten hierfür allerdings faktisch eng begrenzt.

6. "Fast-track authority" nimmt erste Hürde

Im Repräsentantenhaus hat sich am 9. Oktober 2001 das *Ways and Means Committee* mit 26:13 Stimmen für die Erneuerung der fast-track authority des Präsidenten bei Handelsverträgen ausgesprochen (vgl. CR 6-7/2001, S. 13).

Dabei handelt es sich um eine prozedurale Selbstbindung der Legislative, die im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens darauf verzichtet, an einem von der Exekutive vorgelegten Handelsabkommen Änderungen vorzunehmen, so dass sie im Grunde nur ihre Zustimmung oder Ablehnung erklären kann. Diese Selbstbindung, der große politische Bedeutung für die Zukunft der amerikanischen Freihandelspolitik zugemessen wird, war 1994 im Zuge der Uruguay-Runde des GATT ausgelaufen.

Präsident Bush und sein Handelsbeauftragter Robert Zoellick haben die Erneuerung des „fast-track“-Mandats, der sogenannten „trade promotion authority“, zu einem der wichtigsten Ziele ihrer außenpolitischen Agenda erklärt und zuletzt Ende September auf eine schnelle Entscheidung durch den Congress gedrängt.

Dort ist der Widerstand vor allem beim gewerkschaftsnahen Flügel der Demokraten in beiden Kammern ungebrochen, der eine Aufweichung von Arbeitnehmerrechten und Umweltstandards befürchtet. So monierten acht Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus Ende September 2001 in einem Brief an ihre Kollegen die Aushöhlung von US-Umweltstandards durch die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, was nach Einschätzung von Lloyd Doggett (D-Texas) „die

wichtigste Umweltfrage ist, der sich die USA heute gegenüber sehen.“ In eine ähnliche Richtung äußerte sich Charles B. Rangel (D-N.Y.), der führende Demokrat im Ways and Means Committee, der betonte, dass es „eine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern auf der ganzen Welt, gegenüber der Umwelt und der Verfassung gibt.“ Präsident Bush wollte die Erneuerung der „trade promotion authority“, um die sich sein demokratischer Amtsvorgänger Bill Clinton vergeblich bemüht hatte, ursprünglich noch vor dem WTO-Gipfel in Qatar Anfang November 2001 verabschiedet sehen. Ein Vorstoß seines Handelsbeauftragten Zoellick im September 2001, der nach den Terrorangriffen auf New York City und Washington, D.C. nochmals auf die große Bedeutung von „fast-track“ für die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten hingewiesen hatte, war jedoch auf wütende Kritik von Senator Ernest Hollings (D-S.C.) gestoßen. Der Demokrat, der als dezidierter Kritiker einer Erneuerung des Schnellverfahrens gilt, hatte Zoellick vorgeworfen, aus einer „nationalen Tragödie parteipolitische Vorteile“ ziehen zu wollen. Gemeint ist die überparteiliche Stimmung nach den Terrorangriffen (vgl. CR 9/2001, S. 1), die von der Administration dazu genutzt werden könnte, um vormals kontroverse Gesetzesinitiativen im Congress durchzusetzen.

7. Initiativen gegen Geldwäsche verabschiedet

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben unterschiedliche Wege beschritten, um der Gefahr der Geldwäsche durch terroristische Organisationen besser begegnen zu können. Während der Senat seine Bestimmungen zur Geldwäsche einem Anti-Terrorismus-Paket (vgl. Punkt 1) hinzufügte, wird im Repräsentantenhaus ein getrenntes Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäsche diskutiert (HR 3004). Es wurde am 11. Oktober 2001 vom *House Financial Services Committee* mit 62:1 Stimmen verabschiedet und sieht u.a. vor:

- größere Vollmachten des US-Finanzministeriums bei der Überprüfung sogenannter Korrespondenz-Konten, wie sie von ausländischen Banken benutzt werden, um über US-Banken Transaktionen abzuwickeln;
- Aufhebung des Postgeheimnisses, damit die Zollbehörde die Briefpost auf illegale Bargeldeinlagen überprüfen kann;
- verpflichtende Überwachung der Transaktionen wohlhabender Privatkunden durch US-amerikanische Banken;
- Verbot von Kreditkartenzahlungen für Glücksspiele, die über das Internet angeboten und abgewickelt werden.

Amerikanische Großbanken wie Citigroup haben sich zwischenzeitlich mahndend gegen einzelne Passagen des vom Repräsentantenhaus diskutierten Gesetzentwurfs ausgesprochen, weil er „unerwünschte Nebenwirkungen“ mit Blick auf das Bankgeheimnis zur Folge haben könnte.

8. Nancy Pelosi neue Fraktionsgeschäftsführerin im Repräsentantenhaus

Die Demokratische Fraktion im Repräsentantenhaus hat am 10. Oktober 2001 die Abgeordnete Nancy Pelosi (Cal.) zur Nachfolgerin von David Bonior (Mich.), dem amtierenden *Minority Whip*, gewählt. Pelosi setzte sich mit 118 zu 95 Stimmen deutlicher als erwartet gegen Steny Hoyer (Md.) durch.

Die Neuwahlen wurden durch den für Januar 2002 angekündigten Rücktritt von David Bonior notwendig, der sich auf seine Kandidatur für den Gouverneursposten in Michigan konzentrieren will.

Die Funktion des Party Whip, dem zweithöchsten Amt der Demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus, ist vor allem die Kommunikation zwischen der Führung und den Abgeordneten in - für die Partei und ihr Programm - zentralen Fragen. Die dem britischen Sprachgebrauch entlehnte Bezeichnung als „Einpeitscher“ überzeichnet im Congress, der keine strikte Fraktionsdisziplin im Sinne europäischer Parlamente kennt, die Einflussmöglichkeiten des Amtes. Doch das Amt gilt traditionell als starke Ausgangsposition für die Nachfolge des Parteiführers.

Pelosi und Hoyer gehören beide zum linksliberalen Mainstream der Demokratischen Partei. Die aktive und profilierte Parteipolitikerin konnte als Vertreterin der in der Führung unterrepräsentierten Delegation von Kalifornien ein gewichtiges Argument mit Blick auf die Zwischenwahlen 2002 für sich in die Waagschale werfen.

David Bonior unterstützte Pelosis Bewerbung um seine Nachfolge. Dick Gephardt (Mo.), der gegenwärtige *Minority Leader* im Repräsentantenhaus, blieb neutral, begrüßte aber die Wahl Pelosis.

Nancy Pelosi bezeichnete ihren Erfolg als historisch. Nach ihrer Amtsübernahme wird sie das höchstrangigste Amt im Congress bekleiden, das bisher mit einer Frau besetzt worden ist.

9. Nachwahlen in zwei Wahlkreisen des Repräsentantenhauses

In den Nachwahlen in zwei Congress-Distrikten in Florida und Massachusetts Mitte Oktober 2001 haben die Republikaner und Demokraten jeweils die von ihnen gehaltenen Sitze verteidigt.

In dem traditionell republikanischen Wahlkreis (1st District) in Florida, in dem Nachwahlen durch den Rücktritt von Joe Scarborough (R-Fla.) notwendig geworden waren, siegte Jeff Miller mit 66 Prozent der Stimmen gegen seinen demokratischen Konkurrenten, Steve Briese (28 Prozent), und einen parteilosen Kandidaten, John G. Ralls, Jr. (6 Prozent), mit deutlichem Vorsprung. Miller war bisher *state senator* in Floridas Landtag.

In dem Wahlkreis in Massachusetts (9th District), einer demokratischen Hochburg, die durch den Tod von Joe Moakley Ende Mai 2001 vakant geworden ist, gewann Stephen Lynch mit 65 Prozent mit einem ähnlich hohem Vorsprung vor Jo Ann Sprague (R, 33 Prozent). Lynch war als Abgeordneter ebenfalls Mitglied des Landtags des Einzelstaats.

In dem die Parteien ihre Sitze verteidigten, bleiben die Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus unverändert. Die Neuwahl für den vakanten Sitz von Asa Hutchinson (R-Ark., 3rd District), der die Leitung der *Drug Enforcement Agency* (DEA) übernommen hat, ist für November angesetzt.